



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/2 - 3.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Parteipolemik in der FAZ	S. 1
Wer wird der Nachfolger Auriols ?	S. 3
Wohnbaufehde NRW - Bund	S. 4

Ein Muster an Demagogie

rd. Zum Jahreswechsel brachte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" eine umfangreiche wirtschaftspolitische Vorschau auf das Wahljahr 1953, in der es Erich Welter unternahm, die Kritik der Gewerkschaften und der parlamentarischen Opposition an der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik ad absurdum zu führen. Er trifft darin folgende Feststellung:

"Vorweg jedoch noch einige Tatsachen zur tatsächlichen Verteilung des Volkseinkommens. Dieses Thema, das von jeher ein Tummelplatz für Demagogen gewesen ist, spielt bei dem Versuch, die erzielten Erfolge hinwegzudisputieren, eine Hauptrolle"...

Zuvor führt er als Beispiele unsachlicher Kritik eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom März 1951 an, in der es heißt:

"Es wird immer klarer, daß man vom Beginn der ersten Marshall-Plan-Zahlungen an immer verantwortungsloser in den Tag hineinlebte und nun vor einer Katastrophe steht".

Er erwähnt weiter eine Feststellung der SPD vom gleichen Zeitpunkt, die ebenfalls von einer katastrophalen Krise spricht. Erich Ollenhauer, Dr. Agartz, Prof. Fritz Baade und Prof. Nölting werden zusätzlich zitiert; sie alle haben böswillig kritisiert und sich, so behauptet implizite Herr Welter, geirrt.

Welter spekuliert mit seiner Feststellung auf das kurze Gedächtnis der Bevölkerung im allgemeinen und - wie man sieht mit Erfolg - der Redakteure der "FAZ" im besonderen. Er meint, daß im Jahre 1953 sich kaum noch jemand erinnert, in welcher Situation sich die deutsche Wirtschaft und Außenhandelsbilanz im März 1951 befand. Es scheint uns nötig, ein wenig das Gedächtnis aufzufrischen und auch jene Stellen der

"DGB-Forderungen zur Wirtschaftspolitik"

vom 12.3.51 zu zitieren, die der ehrenwerte Herr Welter als anscheinend unerheblich seiner Redaktion und seinen Lesern vorenthielt:

"Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Monaten in eine außerordentlich ernste Lage geraten. Diese Störungen nahmen insbesondere ihren Ausgang

in entscheidenden Produktionsengpässen der deutschen Wirtschaft (Kohle, Stahl, Energie) und

in wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten vor allem im Verkehr mit den europäischen Ländern.

Ein im Sommer 1950 zur Verfügung gestellter Kredit der Europäischen Zahlungsunion von 320 Mio Dollar war binnen weniger Monate verbraucht. Von einem weiteren Überbrückungskredit in Höhe von 120 Mio Dollar ist der größte Teil inzwischen schon wieder verausgabt worden.

Die logische Folge einer solchen Entwicklung war die Ende Februar verkündete völlige Einfuhrsperre ..."

Wir erinnern daran, daß man in jenen Tagen in der alliierten Hohen Kommission, bei den Regierungen der Besatzungsmächte, in der Auslandspresse, insbesondere in Frankreich, diskutierte, ob es nicht notwendig sei, die gesamte deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder der alliierten Verantwortung zu unterstellen. Die Maßnahmen der Bundesbehörden: Beschränkung der Einfuhren über Kreditrestriktionen, Bardepotzwang für Importe, Diskonterhöhung für die gesamte deutsche Wirtschaft etc., die Erhards Fehlentscheidungen korrigieren sollten, hatten diese Entwicklung nicht mehr verhindern können. Herausgerissen haben uns die Erlaubnis, die liberalisierten Einfuhren vorübergehend auszusetzen - das verlangte erhebliche Opfer von unseren Handelspartnern - und die mit innerdeutschen Preiserhöhungen durchgesetzte Konsumbeschränkung. So haben das Ausland und die gesamte deutsche Bevölkerung für die damals unzeitgemäßen Experimente eines wirtschaftspolitischen Laboranten zahlen müssen. Die Quote des privaten Verbrauchs sank von 66% des Sozialprodukts 1936 auf 58% 1951 und 56% im Jahre 1952 ab. Das sind die Tatsachen, die die Kritik der Gewerkschaften und der Opposition begründeten und die Herr Welter in der "FAZ" verschweigt.

Ein Mann, der in solcher Weise die Tatsachen wissentlich verschweigt, hat keinen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. Er ist es, auf den der Vorwurf verleumderischer Demagogie in voller Schärfe zurückfällt - ja, dem allein er gebührt. Der Artikel ist als Vorschau auf das Wahljahr einem bestimmten Zweck gewidmet. Er ist Wahlpropaganda der übelsten Art. Hier ist Partei bezogen für die Koalitionsparteien und die Regierung und gegen die Gewerkschaften und die parlamentarische Opposition. Es ist das gute Recht der FAZ, sich zur Parteizeitung zu entwickeln - wir begrüßen durchaus klare Fronten, sie sind uns lieber als der tarnende Anschein der Überparteilichkeit - aber man kann auch von einer sich dahin entwickelnden Zeitung verlangen, daß sie nicht unter das bisher übliche Niveau des politischen Tageskampfes absinkt, insbesondere, wenn sie sich noch jüngst über die Tiefe dieses Niveaus beklagte.

Endspurt zum Elysee eröffnet

G.S.-Paris, Anfang Januar

Im Dezember 1953 läuft die Amtszeit des Präsidenten der Französischen Republik ab. Dieser Termin hat bei der letzten französischen Regierungskrise eine bedeutsame Rolle gespielt. Einige aussichtsreiche Kandidaten überlegten, ob es für sie angebracht sei, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen und so zu "riskieren", bei der Wahl des Präsidenten der Republik leer auszugehen. Vincent Auriol, der gegenwärtige Präsident, denkt nicht an eine Wiederwahl. Er denkt umso weniger daran, als es ausgeschlossen erscheint, daß wieder ein Sozialist zum höchsten Würdenträger der Republik gewählt wird.

Hinter den Kulissen wird die Wahl, die von der Nationalversammlung und der zweiten Kammer, dem Rat der Republik, vorgenommen wird, eifrig vorbereitet. Der aussichtsreichste Kandidat ist zweifellos eine Persönlichkeit, die im Ausland nicht allzu bekannt ist, aber in Frankreich über großen Einfluß verfügt: Der Radikale Henri Queille. Dieser Mann, der in der 4. Republik Ministerpräsident war, wird offen von einer Persönlichkeit unterstützt, die immer noch über ausschlaggebenden Einfluß in Frankreich verfügt: Edouard Herriot.

Manche hatten übrigens an Herriot selbst für das Amt des Präsidenten der Republik gedacht. Aber es erscheint ausgeschlossen, daß der Achtzigjährige ernsthaft daran denkt, noch sieben Jahre lang aktive Politik zu betreiben. Henri Queille ist noch "jung". Er ist 65 Jahre alt. Dieser Mann, der seine parlamentarische Routine in der Dritten Republik erwarb, gilt heute als der Politiker, der am geschicktesten verhandeln kann und imstande ist, in einer noch so schwierigen Situation die widerstrebendsten Geister zu versöhnen.

In der Dritten Republik war der Präsident der Republik eine rein repräsentative Figur. Das hat sich seit dem Amtsantritt Vincent Auriols gründlich geändert; der sozialistische Präsident begnügte sich keineswegs damit, die Ministersitzungen zu leiten. Er gab Ratschläge, setzte seinen Willen durch und gab sehr deutlich zu verstehen, was er wollte ... oder nicht wollte. In einer aufsehenerregenden Rede, die er im Jahre 1948 hielt, zu einer Zeit, als man noch den Machtantritt de Gaulles sehr nahe glaubte, wies er so deutlich wie möglich darauf hin, daß er während seiner Amtszeit die Machtergreifung de Gaulles nicht dulden würde.

Im Übrigen sind die Sozialisten heute nicht sehr gut auf ihn zu sprechen. Es wird ihm u.a. vorgeworfen, nicht viel dazu getan zu haben, um die Rechtsentwicklung der letzten Jahre in Frankreich zu verhindern. Die Dinge waren anders, als der Sozialistenführer Leon Blum noch am Leben war. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Vincent Auriol keinen wichtigen Beschluß faßte, ohne Blum zu konsultieren. Die Rolle Blums beim aussichtereichsten Kandidaten - Queille - spielt Herriot. Und Herriot will seinen Schützling unbedingt durchbringen. Wird er's schaffen? Siegen die Radikalen bei den Gemeindewahlen im kommenden Frühjahr, könnte Queille praktisch bereits als gewählt betrachtet werden. Siegen die katholischen Volksrepublikaner - sehr unwahrscheinlich - so wäre Georges Bidault ein ernsthafter Konkurrent. Jedenfalls ist der Endspurt zum "Elysee" in Frankreich eröffnet.

+ + +

Düsseldorf contra Bonn

Wohnungsbaufehde NRW - Bund

rw - Düsseldorf

Zwischen der Bonner CDU-FDP-DF-Regierung und der Düsseldorfer CDU-Zentrum-Regierung mit starkem Schwergewicht auf der CDU gibt es im allgemeinen keine nach außen hin deutlich werdenden Differenzen. Das NRW-Kabinett mit Karl Arnold an der Spitze bemüht sich so gut es geht, den Bonner Kurs getreu mit zu steuern. In letzter Zeit aber ist ein bemerkenswert heftiger Streit auf einem Gebiet entbrannt, auf dem Schein und Wirklichkeit allzu sehr auseinanderklaffen.

Das Land Nordrhein-Westfalen baut prozentual etwas mehr Wohnungen, als ihm im Bundesdurchschnitt zufällt: Etwa 30 Prozent des gesamten Wohnungsbaus. Soweit scheint auf den ersten Blick alles in Ordnung zu sein. Aber der Pferdefuß des nordrhein-westfälischen Wohnungsbaus ist so offensichtlich, daß sich die Landesregierung herauszugeben, in Form eines Weißbuches eine Verteidigungsschrift herauszugeben. Daraus erfährt man, daß von annähernd 130000 im Jahre 1952 errichteten neuen Wohnungen allein 40000 auf Bergerbeiterwohnungen, etwa 10000 auf das Stahlarbeiterwohnungsprogramm und andere bevorzugte Gruppen und ein hoher Prozentsatz des Restes auf den Wohnungsbau für Umsiedler aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern entfallen, sowie auf Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone. Etwa 30000 Wohnungen werden in Nordrhein-Westfalen pro Jahr privat gebaut und weitgehend frei finanziert. Noch eine Million Menschen sind aber unwürdig untergebracht.

So wichtig die Wohnungsfürsorge für die obengenannten Gruppen sein mag - für den sozialen Wohnungsbau, der der übrigen Bevölkerung zugute kommen könnte, bleibt somit in Nordrhein-Westfalen nur ein verschwindender Rest. Kein Wunder, wenn bei solchen Verhältnissen

die Zahl der Bunkerinsassen, der Kellerbewohner und der Menschen in Notwohnungen nicht abnehmen will. Immer sind es noch rund eine Million, die seit vielen Jahren menschenunwürdig hausen müssen - und dies in einem Land, in dem die Riesenbauten der Finanz, die Prachtparade der Geschäftsstraßen und die Luxusbauten der von der 'christlichen' Marktwirtschaft Bevorzugten zu bitteren Vergleichen geradezu herausfordern. Die Landesregierung versuchte, die Schuld daran der Bundesregierung zu geben. Der Bund habe das Land zwar mit den höchsten Quoten für Umsiedlung und Flüchtlingsaufnahme bedacht, seine Pflichten aber, den Wohnungsbau für die Aufgenommenen zu fördern, gröblich vernachlässigt.

Noch deutlicher ausgedrückt heißt das, daß der Bund nur ungenügend, verspätet und oft überhaupt nicht Gelder zur Verfügung stellt, um die sozialen Anliegen der Flüchtlingsumsiedlung und Flüchtlingsaufnahme zu erfüllen. Um die Umsiedlung nicht ganz zum Erliegen kommen zu lassen, so argumentiert man in Düsseldorf, sei das Land gezwungen, die eigentlich der einheimischen Bevölkerung zgedachten Landesmittel des Wohnungsbauetats in den Umsiedlungs-Wohnungsbau zu stecken. Vergeblich warte man dann darauf, daß der Bund seine Versprechungen wenigstens noch nachträglich einlöse. Sinn des nordrhein-westfälischen Vorstosses ist es offensichtlich, die Bundesregierung zu zwingen, ihre sozialen Verpflichtungen endlich besser und pünktlicher zu erfüllen oder aber in der Flüchtlingsumsiedlung und Aufnahme mit einem Kalten Krieg zwischen Düsseldorf und Bonn zu rechnen.

Ein Ruhmesblatt ist diese Auseinandersetzung für keine der beiden Regierungen. Sie zeigt aber vor allem einwandfrei an einem konkreten Beispiel, wie zögernd man sich in Bonn bei der Hergabe von Geldern verhält, die für soziale Zwecke bestimmt sind. Zunächst werden einmal alle Möglichkeiten restlos ausgeschöpft, die Gelder zurückzuhalten und für "Wichtigeres" im Sinne Erhards, Schäffers oder - Blanks zu reservieren. Es wurde schon ein Weißbuchkrieg notwendig, damit eine von der CDU maßgebend bestimmte Regierung feststellen kann: Nicht die christlich-demokratische Landesregierung, sondern die christlich-demokratische Bundesregierung ist daran schuld, wenn es mit dem sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen so schlecht bestellt ist.

+ + +

SPD zu Clement Attlees 70. Geburtstag

Der Vorstand der SPD sandte dem Führer der britischen Labour Party, Clement Attlee, zum 70. Geburtstag folgendes Telegramm:

"Zum 70. Geburtstag entbieten wir Ihnen unsere aufrichtigen Glückwünsche und möchten der Fähigkeit Anerkennung zollen, mit der Sie die Labour Party geführt haben; die besonders in der Nachkriegszeit so viel für das Volk Ihres Landes geleistet und damit den Sozialisten in aller Welt ein leuchtendes Beispiel gegeben hat. Die von der Labour-Regierung eingeleitete Gesetzgebung hat überall anregend gewirkt. Die Befreiung Indiens zum Beispiel hat bewiesen, daß eine sozialistische Politik im eigenen Lande wie außerhalb gleich segensreich für die Förderung von Freiheit und Menschenwürde sein kann. An der Spitze Ihrer Partei haben Sie den größten Anteil an der Erringung dieser Erfolge gehabt. Mögen Ihnen noch viele glückliche Jahre in guter Gesundheit vergönnt sein, damit Sie bald eine neue Labour-Regierung auf dem Wege zum Sozialismus weiterführen können.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ollenhauer - Mellies".

Verantwortlich: Peter Raunau